

## **CDU – Fraktion im Rat der Stadt Aachen**

Verwaltungsgebäude Katschhof, 52062 Aachen



Herrn  
Oberbürgermeister  
Marcel Philipp  
Rathaus  
52058 Aachen

Geschäftsstelle:  
Verwaltungsgebäude Katschhof  
Johannes-Paul-II.-Straße 1  
52062 Aachen  
Zimmer 111

Telefon 0241 / 432-7211 und -7212  
Fax 0241 / 432-7222  
Email: [cdu.fraktion@mail.aachen.de](mailto:cdu.fraktion@mail.aachen.de)  
[www.cdu-fraktion-aachen.de](http://www.cdu-fraktion-aachen.de)

Aachen, den 26. Juli 2013  
CDU 13.007

## **Kosten der Inklusion**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, ob, wie und auf welche Weise die Stadt Aachen sich an der Klage einzelner nordrheinwestfälischer Kommunen hinsichtlich der Kosten der Inklusion beteiligen kann.

### **Begründung**

Das Thema Inklusion wird landesweit beraten – auch in den entsprechenden Gremien der Stadt Aachen.

Inklusion wird die Schul- und Bildungslandschaft grundlegend ändern. Inklusion mit dem Gedanken, auch Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Möglichkeit zu eröffnen, auf einer Regelschule beschult zu werden, ist grundsätzlich wünschenswert und ausdrücklich zu begrüßen.

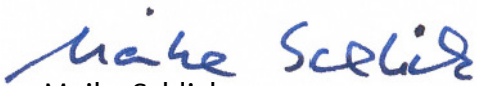
Inklusion wird aber nicht „kostenlos“ zu haben sein. Inklusion stellt insbesondere die Kommunen und damit auch unsere Stadt vor die schier unlösbare Aufgabe, Millionensummen in die notwendige Schulausstattung und Infrastruktur zu investieren. Diese erforderlichen Millionensummen hat unsere Stadt nicht, die Haushaltslage ist bekanntlich – auch vor dem Hintergrund des Zensus und der damit weniger zu zahlenden Schlüsselzuweisungen – schwierig. Der Vorsitzende des Städtetages NRW, Norbert Bude, führte unlängst aus, dass ein in Auftrag gegebenes Gutachten ergäbe, dass auf alle Kommunen insgesamt eine Investition im dreistelligen Millionenbereich zukomme.

## CDU – Fraktion im Rat der Stadt Aachen

In den Sitzungen des Schulausschusses wurden die Positionen der Landesregierung und des Städtetages den Ausschussmitgliedern mitgeteilt. In der Stellungnahme des Städtetages wird deutlich, dass die Idee der Landesregierung, die Kosten der Inklusion auf die Kommunen abzuwälzen, u.a. gegen das Konnexitätsprinzip verstößt.

Die Stadt Aachen möge sich der Klage anschließen, um deutlich zu machen, dass die Finanzierung der Inklusion zu Lasten der Kommunen keine tragfähige Lösung darstellt.

Mit freundlichen Grüßen



Maïke Schlick  
Fraktionsvorsitzende



Peter Tillmanns  
Schulpolitischer Sprecher